

Liechtensteiner Volkssblatt

AZ - FL-9494 Schaan, Mittwoch, 17. Juli 1974

Erscheint Dienstag/Mittwoch/Donnerstag/Samstag

Mit den amtlichen Publikationen

107. Jahrgang - Nr. 103

Ordentlicher FBP-Parteitag in Nendeln

Dr. Peter Marxer als Parteipräsident bestätigt - Rückkehr von William Hoop ins FBP-Präsidium

Im Rahmen des ordentlichen Parteitages 1974 der FBP, welcher am Montagabend im Saal des Hotels Engel in Nendeln stattfand, wurde der bisherige Präsident der FBP, Dr. Peter Marxer mit überwältigender Mehrheit in seinem Amte für weitere zwei Jahre bestätigt. Von 112 gültigen Stimmen erhielt Dr. Peter Marxer in schriftlicher Wahl 110 Stimmen. Nicht weniger eindrucksvoll wurde auch der bisherige FBP-Vizepräsident für den Wahlkreis Oberland, Edwin Nutt, (mit 103 von 112 Stimmen) wiedergewählt.

Rückkehr von William Hoop

Der bisherige FBP-Vizepräsident Unterland, Anton Gerner, der im Februar als Abgeordneter des Landtages wiedergewählt wurde, bat den FBP-Vorstand um seine Entlassung aus dem Parteiamt. Für den zurückgetretenen Anton Gerner kehrte alt Regierungsrat William Hoop als Vizepräsident Unterland ins Präsidium der FBP zurück. William Hoop erhielt 105 von 112 möglichen Stimmen. William Hoop gehörte der Regierung von 1970 bis 1974 als Ressortchef Landwirtschaft



an und hatte aufgrund der politischen Konstellation nach den Landtagswahlen im Februar sein Regierungsmandat zur Verfügung gestellt.

Beschränkung der Mandatsperioden

Nach den Neuwahlen ins Parteipräsidium gab sich der FBP-Parteitag ein neues Reglement, das die Bestellung von Mandatsträgern durch die Partei regelt und auch die nebenamtlichen Mitglieder der Regierung, der VBI, des Staatsgerichtshofes, der Kollegialgerichte, der Verwaltungen und Stiftungsräte sowie Kommissionen und Beiräte erfasst. Kernpunkt des neuen Reglementes, das wir in einer unserer nächsten Ausgaben veröffentlichten werden, stellt die Beschränkung aller nebenamtlichen Mandate auf zwei Mandatsperioden dar.

Rechenschaftsbericht des FBP-Präsidenten

In einem längeren Bericht legte

Unsere Aufnahme vom FBP-Parteitag zeigt von links nach rechts: den neuen Vizepräsidenten Unterland, William Hoop, Regierungschef Dr. Walter Kieber, FBP-Präsident Dr. Peter Marxer, Landtagspräsident Dr. Gerard Batliner, Regierungsrat Hans Gassner und den FBP-Vizepräsidenten im Wahlkreis Oberland, Edwin Nutt. (Bild: Xaver Jehle)

Parteipräsident Dr. Peter Marxer vor dem Parteitag Rechenschaft über die Tätigkeit der Partei seit dem letzten Parteitag ab. Auf seine Ausführungen, die mit einem Aufruf an alle endeten, auch in Zukunft die Interessen des einzelnen Mitbürgers in den Mittelpunkt der Parteilinie zu stellen und sich bewusst zu sein, dass das Vertrauen der liechtensteinischen Wähler eine dauernde Verpflichtung bleibt, werden wir gesondert zurückkommen.

Die neue Aufgabe der FBP

Ueber die neue Aufgabe der FBP als Mehrheitspartei sprach Regierungschef Dr. Walter Kieber. Er gab seinerseits einen Ueberblick über die Arbeit, welche innerhalb der Regierung und vom Landtag seit der Regierungsneubildung geleistet und welche Initiativen längerfristig angegangen wurden. Am Schluss seines Votums, das ebenfalls Gegenstand eines gesonderten Berichtes sein wird, ging der Regierungschef auch auf die derzeitigen Angriffe von Seiten der Vaterländischen Union ein, wonach die Landesrechnung 1973 um 5 Millionen Franken manipuliert worden sei. Wir geben diese Passage seiner Ausführungen aus Aktualitätsgründen in der heutigen Ausgabe wieder.

Ferienstimmung

Obwohl der FBP-Parteitag in Nendeln sehr gut besucht war (weit

über 100 FBP-Delegierte aus allen Gemeinden fanden in den Engel-Saal), war eine gewisse Ferienstimmung nicht zu übersehen. Eine Reihe von Delegierten haben ihren wohlverdienten Urlaub bereits angetreten. Die Ferienstimmung kam nicht zuletzt auch darin zum Ausdruck, dass der letzte Tagesordnungspunkt «Freie Diskussion», der jeweils am meisten Farbe in die Parteiveranstaltungen bringt, kaum benützt wurde. So konnte FBP-Präsident Dr. Marxer die Versammlungsteilnehmerinnen und Teilnehmer schon kurz nach 23 Uhr mit den besten Wünschen in den warmen Sommerabend entlassen.

Die aktuelle Frage

Wird die politische Stimmung bewusst angeheizt?

Als Zuhörer der öffentlichen Landtagssitzung vom 11. Juli wurde man Zeuge einer konstruktiven Finanzdebatte. Mit gewissen Vorbehalten erklärte sich auch die Union-Fraktion bereit, gemeinsam mit der FBP Massnahmen gegen die inflationäre Entwicklung unseres Staatshaushaltes zu ergreifen. Wiewohl sich einzelne Union-Abgeordnete gegen die (ihrer Meinung nach) parteipolitisch gefärbten Begründungen für die verschiedenen Sanierungsmassnahmen wehrten, arbeiteten sie in der Sache selbst positiv mit. — Verfolgt man demgegenüber die Landtags-Berichterstattung im «Vaterland», so muss man einen ganz anderen Eindruck erhalten. Da ist die Rede von einer «Millionenmanipulation des neuen Finanzministers», von einem «Warenhaus-Wahlprogramm» der FBP und anderen schönen Ausdrücken, die alle dazu angehen, den Bürger den Eindruck eines grossen Streites zu geben. Die Frage drängt sich auf, ob hier die politische Stimmung bewusst angeheizt wird? Fürchtet die Union um den Verlust eines möglicherweise falsch verstandenen Prestiges? Sollen die Anhänger der Vaterländischen Union unbedingt den Eindruck haben, dass die FBP einfach eine böse Partei ist? Fürchtet man um Stimmverluste, wenn die politische Situation im Lande für einmal sachbezogen ist, wenn einmal endlich auch gemeinsam an etwas gearbeitet wird? Sind die Freunde und Anhänger der Vaterländischen Union wirklich Mitbürger, denen eine künstlich heraufbeschworene, politische Krise lieber ist, als ein geordnetes Staatswesen? Es sei uns erlaubt, an der letzten Frage zu zweifeln. Deutet nicht vieles, wenn nicht alles darauf hin, dass wir Liechtensteiner (gleich welcher Partei wir angehören) gewisser politischer Praktiken aus der Vergangenheit müde geworden sind?

Lokal- und Regionalzeitungen bevorzugt

Bonn (spk) Eine Gruppe von Zeitungsverlagen der Bundesrepublik hat Repräsentativfragen über Nutzung und Beurteilung von «nationalen» Zeitungen einerseits und Lokal- und Regionalzeitungen andererseits durchführen lassen. Die Ergebnisse zeigen starke Differenzen zugunsten der kleineren Zeitungen. Für diese wird — trotz ihrem meist geringeren Umfang —, mehr Leszeit aufgewendet. Mehr Leute lesen diese Zeitung zu Hause, also vermutlich aufmerksamer als es unterwegs geschehen würde. Es besteht eine engere Bindung des Lesers zu «seinem» Blatt, was sich unter anderem darin ausdrückt, dass den Redaktionen dieser Zeitungen mehr Glaubwürdigkeit zugebilligt wird und man sich mit dem redaktionellen Inhalt stärker identifiziert.

Bedauerlich aus der Sicht des Wählers

Regierungschef Dr. Kieber nahm zu den jüngsten Angriffen des VU-Organs Stellung

In seinen letzten zwei Ausgaben (Samstag, 13.7./Dienstag, 16.7.) unterstellte das «Liechtensteiner Vaterland» dem Regierungschef er hätte die Landesrechnung 1973 insofern manipuliert, als er 5 Millionen Franken, die eigentlich zu Lasten der Rechnung 1974 gehen, noch auf die Rechnung 1973 habe buchen lassen. Mit dieser «Manipulation», so meint das Union-Pressorgan, sei das Ziel verfolgt worden, die Rechnung 1973 zu verschleiern, für welche noch die Union-Regierung verantwortlich zeichnete.

In seiner Rede vor dem FBP-Parteitag vom Montagabend ging Regierungschef Dr. Walter Kieber auf diesen Vorwurf direkt ein. Wir veröffentlichen nachstehend die Ausführungen des Regierungschefs zu dieser Frage:

Fairnessangebot auch im Alltag missachtet

«Was mich aber zutiefst enttäuscht, ist die Feststellung, dass die VU unser Fairnessangebot, das wir über die Wahlen hinaus für den politischen Alltag erneuert haben, nicht akzeptiert, obwohl sie noch in ihrer Grundsatzklärung «Mutige Ziele - sicherer Kurs» auf Seite 33 geschrieben hat: «Die VU versteht

Fairness als dauernden Versuch, bei der Wahrheit zu bleiben».

Zahlung von Dr. Hilbe selbst angeordnet!

Am vergangenen Samstag hat sie der Wahrheit einen Schlag ins Gesicht versetzt, indem sie im «Vaterland» verbreiten liess, ich hätte die Rechnung 1973 um 5 Millionen Franken zu Gunsten der Rechnung 1974 manipuliert. Meinem Bemühen, im Bereich der Staatsfinanzen die Dinge objektiv darzustellen — ich hätte, wenn böses Wollen im Spiele wäre, beileibe die Möglichkeit gehabt, die Jahresrechnung 1973 mit anderen Worten zu kommentieren, als ich es im Landtag getan habe — diesem meinem Bemühen wird seitens der VU die Verdächtigung einer unkorrekten Rechnungsführung entgegengesetzt. Kein Wort an der Behauptung des «Vaterlandes» ist wahr. Die massgebliche Zahlung, die hier in Frage

steht, wurde von Dr. Hilbe, als er noch im Amt war, selbst angeordnet.

● Diesen Nachweis kann ich lückenlos führen. Bedauerlich ist die Angelegenheit aber auch aus der Sicht des Wählers, weil ich glaube, dass der Wähler solcher der Vergangenheit angehörender politischer Praktiken überdrüssig ist.»

Ausführliche Stellungnahme erwünscht

Im Interesse einer umfassenden Information des Bürgers wäre es wünschenswert, wenn die Regierung den von Dr. Kieber aufgezeigten Vorgang so umfassend wie möglich ausbreiten und damit der Wahrheit zum Durchbruch verhelfen würde. Offenbar ist das Union-Organ in seinem parteipolitischen Engagement diesmal etwas zu weit gegangen. Der Bürger hat jedenfalls Anspruch auf eine klare und ausführliche Stellungnahme.

UNSERE BANK FÜR ALLE
DIE BANK FÜR ALLE
Verwaltungs- und Privat-Bank
Aktiengesellschaft
9490 Vaduz

Marxer Anton
Büromaschinen und
Büromöbel
Grünaustrasse 25
9470 Buchs
Tel. 085/6 33 10
Büroorganisation
BÜRO MARXER